Regierungsverordnung Nr. 306/2011 (23. XII.)

über die Verfahrensvorschriften des öffentlichen Auftragswesens bei Bauaufträgen

Aufgrund der sich aus § 182 Abs. (1) lit. 10 des Gesetzes Nr. CVIII aus dem Jahre 2011 über die öffentlichen Vergabeverfahren und ferner hinsichtlich der Anlagen 1 und 2 dieser Verordnung aufgrund der sich aus § 62 Abs. (1) lit. o) des Gesetzes Nr. LXXVIII aus dem Jahre 1997 über die Gestaltung und den Schutz bebauter Flächen ergebenden Ermächtigung ordnet die Ungarische Regierung im Rahmen ihrer Aufgaben gemäß Art. 15 Abs. (3) des Ungarischen Grundgesetzes Folgendes an:

1. Anwendungsbereich der Verordnung

§ 1 Abs. (1) In Übereinstimmung mit dem Gesetz Nr. CVIII aus dem Jahre 2011 über die öffentlichen Vergabeverfahren (nachstehend: Vg.) ist die Verordnung auf all jene Vergabeverfahren anzuwenden, die entweder Bauaufträge gemäß § 7 Abs. (3) Vg. oder Baukonzessionen gemäß § 7 Abs. (5) Vg. zum Gegenstand haben.

(2) Im Rahmen der Anwendung dieser Verordnung ist unter Bauauftrag auch die Baukonzession zu verstehen.

2. Der geschätzte Wert des Bauauftrags

§ 2 Abs. (1) Bei der Bestimmung des geschätzten Werts des Bauauftrags ist für den öffentlichen Auftraggeber im Falle von genehmigungs- oder meldepflichtigen Bauaufträgen ein Kostenvoranschlag maßgeblich, der nicht später als 12 Monate vor Beginn des Vergabeverfahrens auf Grundlage des Genehmigungsplans, des Ausführungsplans oder des gemeinsamen Genehmigungs- und Ausführungsplans erstellt wurde und sämtliche erforderlichen Teilarbeiten im Zusammenhang mit dem Bauauftrag berücksichtigt. Gemäß den Bestimmungen aus § 5 Abs. (1) lit. a)-e) ist bei der Bestimmung des geschätzten Werts des Bauauftrags ein Kostenvoranschlag maßgeblich, der sämtliche Teilarbeiten im Zusammenhang mit dem Bauauftrag berücksichtigt und nicht später als 12 Monate vor Beginn des öffentlichen Vergabeverfahrens erstellt wurde.

(2) Gemäß den Bestimmungen aus § 18 Abs. (2) Vg. gilt auch ein Bauauftrag, der in der Baugenehmigung in mehrere Bauabschnitte unterteilt ist, als ein und derselbe Bauauftrag (die Gesamtheit der im jeweiligen Bauabschnitt umgesetzten baulichen Anlagen oder von deren Teilen).

3. Der Inhalt der Dokumentation

§ 3 Bei Bauaufträgen ist die Dokumentation gemäß den Bestimmungen aus Kap. VIII und § 122 Abs. (2) Vg., bei wettbewerblichen Dialogen ist die entsprechende Beschreibung gemäß den Bestimmungen der vorliegenden Verordnung zu erstellen.

§ 4 Abs. (1) Bei Bauaufträgen, die gemäß den Vorschriften des Baurechts genehmigungs- oder meldepflichtig sind, muss die Dokumentation zur Ausführung von baulichen Anlagen bzw. zur Ausführung von Arbeiten im Zusammenhang mit Tätigkeiten gemäß Anlage 1 des Vg. die in der Regierungsverordnung Nr. 191/2009 (15. IX.) über die Bauausführung (nachstehend: Bauausf.) bestimmte Ausführungsdokumentation umfassen, die auch den Bestimmungen dieser Verordnung und ihren Anlagen zu entsprechen hat.

(2) Gilt der Bauauftrag mit Bauausführung gemäß den Vorschriften des Baurechts als nicht genehmigungs- oder meldepflichtige Bautätigkeit, so ist die Dokumentation inhaltlich unter Berücksichtigung der in Anlage 1 bzw. im Falle von Bauaufträgen im Zusammenhang mit denkmalgeschützten Objekten, unter Berücksichtigung der diesbezüglichen Bestimmungen in Anlagen 1 und 2 zu erstellen, sofern die in den Anlagen enthaltenen Vorschriften auf den jeweiligen Bauauftrag anwendbar sind.

§ 5 Abs. (1) Sofern der Bauauftrag sowohl Planung als auch Ausführung der baulichen Anlage umfasst oder Planung und Ausführung von Arbeiten im Zusammenhang mit einer der in Anlage 1 des Vg. bestimmten Tätigkeiten vorsieht, hat der Auftraggeber die Dokumentation inhaltlich gemäß Anlage 1 zu erstellen. Bei Bauaufträgen, die Planung und Ausführung vorsehen, ist die Dokumentation aufgrund der

gültigen Bau- oder Einrichtungsgenehmigung und der diesbezüglichen Dokumentation zu erstellen, mit Ausnahme der folgenden Fälle:

- a) Die Bautätigkeit ist an keine baubehördliche Genehmigung gebunden,
- b) Der Bauauftrag erhält Fördermittel aus dem Kohäsionsfonds der Europäischen Union (bei Vergabeverfahren für die Ausführung spezieller baulicher Anlagen gemäß den Bestimmungen des Gesetzes über die Gestaltung und den Schutz der bebauten Flächen ((nachstehend: *Bebauten Fl. G.*)),
- c) Vergabeverfahren für wasserbauliche Anlagen,
- d) Vergabeverfahren für bauliche Anlagen, die zur Ausübung von Tätigkeiten gemäß § 3 lit. k)-q) des Gesetzes Nr. XLIII aus dem Jahre 2000 über die Abfallwirtschaft erforderlich sind,
- e) Bauaufträge, die in den Anwendungsbereich des Gesetzes über die Beschleunigung und Erleichterung der Umsetzung von Investitionen, die für die Volkswirtschaft von herausragender Bedeutung sind, fallen,
- f) im Falle einer zusätzlichen Bauinvestition gemäß Vg. § 94 Absatz (3) lit. a) (wenn der Auftraggeber eine Dokumentation erstellt).

(2)

(3) Eine Ausführungsdokumentation gemäß Bauausf. – entsprechend den Vorschriften dieser Verordnung – ist bei Planung und Ausführung von Bauaufträgen auch dann zulässig, sofern die Aufgabe des erfolgreichen Anbieters in der Durchführung bestimmter ergänzender Aufgaben bezüglich der Planerstellung besteht.

(4) Im Zusammenhang mit den zur Verfügung gestellten Plänen des Auftraggebers trägt dieser Sorge, dass die allgemeinen Geschäftsbedingungen des mit dem Planer geschlossenen Vertrags es dem erfolgreichen Anbieter ermöglichen, die Planungen im Rahmen seiner Planerstellung gebührenfrei weiterzuentwickeln und zu bearbeiten.

(5) Gemäß den Bestimmungen aus § 24 Abs. (3) Vg. führt die Teilnahme eines Planers, der die Vorplanung der gemäß § 49 Vg. zu erstellenden Dokumentation eines Vergabeverfahrens erarbeitet hat (sofern dieser auf keine sonstige Art und Weise an den Vorbereitungen des Vergabeverfahrens beteiligt ist), zu keinem unlauteren Wettbewerb und zu keiner Unvereinbarkeit im Bezug auf die Ausführung oder auf die Planung und Ausführung des Bauauftrags oder die Erstellung von weiteren Plänen nach der Erstellung eines (vorläufigen) Genehmigungsplans für die bauliche Anlage im Rahmen des Vergabeverfahrens.

§ 6 Abs. (1) Schreibt der Auftraggeber das Verfahren als wettbewerblichen Dialog aus, weil er nicht im Stande ist, die Definition der technischen Spezifikationen im Zusammenhang mit dem Gegenstand des Beschaffungsvorhabens in der notwendigen Ausführlichkeit bereitzustellen (zumindest nicht im Rahmen öffentlicher Ausschreibungen oder beschränkter Ausschreibungen auf Einladungsbasis), so ist die Beschreibung gemäß den in Anlage 1 enthaltenen Anforderungen zu erstellen.

2) Schreibt der Auftraggeber die Vergabe einer Rahmenvereinbarung aus, ist es ausreichend, wenn die Angebotsunterlagen der Rahmenvereinbarung einen Kostenvoranschlag und dessen einzelne Posten, die den Gegenstand des Rahmenvertrags darstellen, ohne die Angabe von Werten und ohne weitere Aufschlüsselung umfassen (sofern in der ersten Phase des Verfahrens noch keine weiteren Informationen zur Verfügung stehen). Diesen Posten lassen sich später die entsprechenden Werte zuordnen.

4. Ergänzender Finanzrahmen

§ 7 Abs. (1) Sofern der Auftraggeber die Absicht hegt, vertraglich einen ergänzenden Finanzrahmen gemäß § 125 Abs. (9) Vg. zu bestimmen, sind im Vertrag, der Bestandteil der Dokumentation sein muss, oder in den allgemeinen Geschäftsbedingungen vorab die ausführlichen Vorschriften bezüglich der Verwendung des ergänzenden Finanzrahmens und dessen Höhe festzulegen.

(2) Die Mittel des ergänzenden Finanzrahmens dürfen lediglich zur Verrechnung der für die Umsetzung des Bauauftrags und für deren ordnungsgemäße und sichere Umsetzung erforderlichen Leistungen verwendet werden.

(3) Im Rahmen des Absatzes (2) zieht die Verwendung des Ergänzenden Finanzrahmens aufgrund des Vg. nicht eine Vertragsänderung oder die Notwendigkeit der Durchführung eines Vergabeverfahrens nach sich, im Vertrag müssen jedoch eindeutig auf für jeden Anbieter vorab einsehbare Weise die möglichen Fälle und finanziellen Bedingungen für die Verwendung des Ergänzenden Finanzrahmens festgehalten werden..

(4) Bei der Berechnung des geschätzten Wertes der öffentlichen Beschaffung muss der Auftraggeber auch den ergänzenden Finanzrahmen berücksichtigen.

5. Register der Ungarischen Industrie- und Handelskammer

§ 8 Abs. (1) Bei der Bekanntmachung des Vergabeverfahrens muss der Auftraggeber gemäß Teil 2 des Vg. hinsichtlich der Wirtschaftsteilnehmer, die Leistungen im Bereich der Bauausführung erbringen, aufgrund

der Bestimmungen aus § 57 Abs.(1) lit. d) Vg. die Anforderungen vorgeben, die von den Leistungserbringern im Bereich der Bauausführung zu erfüllen sind, um ins Namenverzeichnis gemäß Bebauten Fl. G. aufgenommen zu werden. Bei Wirtschaftsteilnehmern, die nicht in Ungarn ansässig sind, müssen die im anderen Land gültigen Vorschriften bezüglich der Aufnahme ins Namenverzeichnis angegeben werden (sofern das jeweilige Landesrecht dies vorschreibt).

(2) Im Zweifelsfall ist der Auftraggeber gemäß § 67 Vg. berechtigt, den Anbieter oder Bewerber zur dahingehenden Auskunftserteilung aufzufordern, welcher im Angebot oder in der Bewerbung bezeichnete Wirtschaftsteilnehmer Leistungen im Bereich der Bauausführung erbringt und welcher nicht. Diese Angaben bilden die Grundlage für die Eintragung der bauausführenden Leistungserbringer ins Namenverzeichnis gemäß Bebauten Fl. G.

5/A. Überprüfung des im Angebot angewandten Mindestlohns

§ 8/A Abs. (1) Als unangemessen niedriges Angebot gilt, wenn der vom Anbieter angewandte Mindestlohn niedriger als die Höhe des aufgrund der Empfehlung des Ausschusses für den Dialog in der Baubranche in einer Verordnung des für das Bauwesen zuständigen Ministers festgelegten Mindestlohns für die Baubranche ist.

(2) Der Auftraggeber ist im Rahmen seines Ersuchens um eine Begründung gemäß Vg. § 69 Absatz (1) dazu verpflichtet, auch im Hinblick darauf eine Auskunft zu verlangen, mit einem Bruttolohn welcher Höhe der das unangemessen niedrige Angebot einreichende Anbieter in seinem Angebot gerechnet hat, und in welcher Höhe und auch auf welche Weise er bei der Berechnung des Bruttolohns einzelne - gemäß dem in der Bauausf. festgelegten - Elemente des Mindestlohns in der Baubranche bildende Kosten berücksichtigt hat. Der Auftraggeber berücksichtigt bei der Prüfung der Vereinbarkeit mit wirtschaftlicher Rationalität der vom Anbieter eingereichten Begründung die Höhe des aufgrund der Empfehlung des Ausschusses für den Dialog in der Baubranche in einer Verordnung des für das Bauwesen verantwortlichen Ministers festgelegten Mindestlohns für die Baubranche, und insofern der in dem Angebot angewandte Bruttolohn niedriger ist, richtet er bei der Prüfung seine besondere Aufmerksamkeit darauf, ob Umstände gemäß Vg. § 69 Absatz (6) vorliegen.

6. Haftpflichtversicherung

§ 9 Bei Bauaufträgen obliegt der Partei des Anbieters bis spätestens zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses der Abschluss einer Haftpflichtversicherung oder die Ergänzung einer bestehenden Haftpflichtversicherung in dem vom Auftraggeber in der Bekanntmachung des Vergabeverfahrens oder in der diesbezüglichen Dokumentation vorgegebenen Maß und Umfang.

7. Bestimmungen bezüglich Subunternehmer

§ 10 Abs. (1) Im Rahmen der vertragsgemäßen Leistungserbringung obliegt der Partei des Auftraggebers, bzw. einer in seinem Namen handelnden Person (Unternehmen) aufgrund der Angaben im Bautagebuch die Verifizierung der gemäß § 128 Absätze (2)-(3) Vg. bei der Leistungserbringung eingesetzten Subunternehmer.

(2) Dasjenige Unternehmen, dessen vorherige Vertragserfüllungen gemäß dem im Vg. § 55 Absatz (6) lit. b) Aufgeführten der Anbieter (Bewerber) zum Nachweis seiner Eignung verwendet hat, bürgt bei der Erfüllung des Vertrags gemäß dem im IV. Gesetz aus dem Jahre 1959 über das Bürgerliche Gesetzbuch (im Weiteren BGB.) § 274 Absatz (1) Aufgeführten im Zusammenhang mit dem Ausbleiben oder der mangelhaften Erfüllung desjenigen Teils der Vertragserfüllung des Anbieters, in Bezug auf welchen der Anbieter (Bewerber) seine Eignung durch die Vorlage früherer Vertragserfüllungen nachgewiesen hat, für die Erstattung des dem Auftraggeber entstandenen Schadens. Der Auftraggeber gibt in der Bekanntmachung, die das Verfahren einleitet, an, ob die Referenz eine Eignung in Bezug auf die gesamte Vertragserfüllung oder in Bezug auf einen konkret bestimmten Vertragsteil nachweist.

§ 11 Im Vertrag mit dem Subunternehmer ist der Anbieter zur Bestimmung einer Sicherheit hinsichtlich seiner Ansprüche für den Fall von nicht oder mangelhaft erbrachten Leistungen des Subunternehmers berechtigt, die jedoch nicht mehr als jeweils 10 % der ohne Mehrwertsteuer (nachstehend: MwSt.) berechneten vertraglich bestimmten Gegenleistung ausmachen darf.

8. Bezahlung der erbrachten Leistungen des Bauauftrags

§ 12 Abs. (1) Auf Antrag des Anbieters obliegt der Partei des Auftraggebers – oder dem zur Leistung der Bezahlung von Lieferanten im Rahmen von aus Fördermitteln realisierten Bauleistungen verpflichteten Unternehmen – gemäß § 131 Abs. (1) Vg. (unter Berücksichtigung der Ausnahme aus Abs. (2)) bis spätestens 15 Tage nach der Abnahme des Baugeländes die Leistung einer Abschlagszahlung.

(2) Überschreitet die vom öffentlichen Auftraggeber vorgesehene Abschlagszahlung die in § 131 Abs. (1) Vg. definierte Höhe, kann die Leistung der Abschlagszahlung auch in mehreren Raten erfolgen. Dem Auftraggeber obliegt bis spätestens 15 Tage nach der Abnahme des Baugeländes lediglich die Leistung der ersten Abschlagszahlung.

(3) Grundlage der Abschlagszahlung gemäß Abs. (1) ist der vertragsgemäße Netto-Gesamtwert der Gegenleistung. Der Betrag der obligatorisch zu leistenden Abschlagszahlung bleibt von späteren Vertragsänderungen unberührt.

§ 13 Abs. (1) Bei Verträgen, die einen Zeitraum der Leistungserfüllung von mehr als 6 Monaten vorsehen, und die zugleich ein Netto-Zahlungsvolumen von mehr als 50 Millionen HUF aufweisen, muss der Auftraggeber in regelmäßigen, den erforderlichen Leistungen oder Ausführungsphasen des Bauauftrags entsprechenden Abständen die Ausstellung von Teilrechnungen ermöglichen.

2) Für den in Abs. (1) bestimmten Fall muss der Auftraggeber bei Bauaufträgen mit einem Auftragswert, der unter 1 Milliarde HUF (ohne MwSt.) liegt, die Ausstellung von mindestens 4 Teilrechnungen (einschließlich der Schlussrechnung) ermöglichen.

3) Für den in Abs. (1) bestimmten Fall muss der Auftraggeber bei Bauaufträgen mit einem Auftragswert, der unter 1 Milliarde HUF (ohne MwSt.) liegt, die Ausstellung von mindestens 6 Teilrechnungen (einschließlich der Schlussrechnung) ermöglichen.

(4) Die Ausstellung der ersten Teilrechnung muss spätestens dann ermöglicht werden, wenn die erbrachten Leistungen den Wert von 25 % des Auftragswertes (ohne MwSt.) erreichen.

5) Der Gesamtwert der Abschlagszahlung und der Auszahlungen zur Begleichung der Teilrechnungen darf nicht unter 70 % des Auftragswertes (ohne MwSt.) liegen.

(6) Der Gesamtbetrag einer Teilrechnung richtet sich nach dem Umfang der erbrachten und vom Auftraggeber abgenommenen, vertragsgemäßen Leistungen, wobei der Nettowert der Gegenleistung der Teilrechnungen den schon erbrachten Auftragswert nicht überschreiten darf.

§ 14 Abs. (1) Sofern die Partei des Anbieters bei der Leistungserbringung Subunternehmer einsetzt, sind von der Partei des Auftraggebers oder dem bezahlenden Unternehmen – bei der Bezahlung von Lieferanten im Rahmen von Bauaufträgen, die aus EU-Fördermitteln realisiert werden – (gemäß den Bestimmungen dieses §, nachstehend zusammenfassend: Partei des Auftraggebers), abweichend von BGb. § 292/B Absatz (1), die folgenden Vorschriften zu beachten:

a) Die Parteien der Anbieter sind verpflichtet, spätestens bis zum Zeitpunkt der Abnahme der erbrachten Leistungen die Abgabe einer Erklärung gegenüber dem Auftraggeber vorzunehmen, die die Verteilung der Bezahlung unter den Anbietern bestimmt;

b) Den Parteien der Anbieter obliegt spätestens bis zum Zeitpunkt der Abnahme der erbrachten Leistungen die Abgabe einer Erklärung, die die Verteilung der Bezahlung unter den eingesetzten Subunternehmern bestimmt und die Subunternehmer gleichzeitig zur Ausstellung der entsprechenden Rechnungen auffordert;

c) Nach der Abnahme der Leistung stellt jede Partei der Anbieter ihre entsprechende Rechnung aus, die eine Aufstellung über die Leistungserbringung der Subunternehmer, bzw. des Angebotsstellers umfasst;

d) Gemäß lit. c) ist der Auftraggeber verpflichtet, die Überweisung des Rechnungsbetrages bezüglich der erbrachten Leistung des jeweiligen Subunternehmers innerhalb von fünfzehn Tagen an den Anbieter als Vertragspartner vorzunehmen;

e) Die Partei des Anbieters begleicht die Rechnungen der Subunternehmer entweder unverzüglich oder sie übt ein volles oder anteiliges Zurückbehaltungsrecht im Sinne des § 36/A Abs. (3) des Gesetzes Nr. XCII aus dem Jahre 2003 über das System der Besteuerung (nachstehend: Art.) oder im Sinne eines vertraglich vereinbarten Zurückbehaltungsrechts aus.

f) Die Kopien der Überweisungsnachweise gemäß lit. e) oder Kopien von gemeinsamen Steuerbescheinigungen, die etwaige Verbindlichkeiten des Anbieters und des Subunternehmers gegenüber der öffentlichen Hand ausweisen, sind von den Parteien der Anbieter der Partei des Auftraggebers auszuhändigen (dies ist notwendig, damit sich der Auftraggeber davon überzeugen kann, dass die Partei des Anbieters bei der teilweisen Bezahlung des Subunternehmers rechtmäßig vorgegangen ist);

g) Den auf den ausgestellten Rechnungen der Parteien der Anbieter angegebenen Rechnungsbetrag der erbrachten Leistung des Hauptunternehmers überweist der Auftraggeber innerhalb von fünfzehn Tagen an die Parteien der Anbieter, sofern diese ihren sich aus § 36/A Art. den Subunternehmern gegenüber ergebenden Zahlungsverpflichtungen nachgekommen sind;

h) Kommt eine der Parteien der Anbieter ihren sich aus lit. e) und f) ergebenden Verpflichtungen nicht nach, behält der öffentliche Auftraggeber den Restbetrag der Gegenleistung zurück. Auf dessen Auszahlung hat der Anbieter erst nach dem Nachweis der Erfüllung seiner Verpflichtungen gemäß lit. e) und f) Anspruch bzw. nach Vorlage einer Urkunde, aus der hervorgeht, dass der Subunternehmer oder die Fachkraft kein Anrecht auf den gemäß b) durch den Anbieter bezeichneten Betrag oder einen Teil davon haben;

i) Bei ganz oder teilweise aus Mitteln der Europäischen Union verwirklichten Beschaffungsvorhaben beträgt die Zahlungsfrist gemäß lit. d) dreißig Tage.

(2) Gemäß BGB. § 292/B Absatz (2) sind die Vertragsparteien lediglich zu einer verzögerten Leistung der Auszahlung gemäß Abs. (1) lit. g) berechtigt. Der Partei des Anbieters gegenüber lässt sich § 36/A Abs. (3) Art. lediglich auf Beträge gemäß Abs. (1) lit. g) anwenden.

(3) Leistet die Partei des Auftraggebers die Bezahlung in mehreren Teilzahlungen, sind bei jeder Teilzahlung die Bestimmungen aus den Absätzen (1)-(2) anzuwenden.

4) Kommt es zwecks Erfüllung des Vergabevertrags zur Bildung einer Projektgesellschaft durch den erfolgreichen Anbieter (die Anbieter), so ist unter der Partei des erfolgreichen Anbieters im Sinne dieses § die Projektgesellschaft zu verstehen.

9. Bauaufträge im Zusammenhang mit denkmalgeschützten Objekten

§ 15 Abs. (1) Unter Bauaufträgen im Zusammenhang mit denkmalgeschützten Objekten versteht man Bauleistungen, die an denkmalgeschützten, im Gesetz über den Schutz von Kulturgütern bestimmten Objekten ausgeführt werden, an eine baubehördliche Genehmigung gebunden sind und als Bautätigkeit gelten.

(2) Bei Vergabeverfahren für Bauaufträge im Zusammenhang mit denkmalgeschützten Objekten ist der Auftraggeber im Rahmen des Vergabeverfahrens in Übereinstimmung mit den Bestimmungen sonstiger Vorschriften bezüglich Nachweis von Eignung und Ausschlussgründen verpflichtet, folgende Vorgaben bezüglich technischer und fachlicher Eignung zu verlangen:

a) eine Beschreibung der fünf wichtigsten Bauaufträge des Vorjahres von denkmalgeschützten Objekten, die in Art und Umfang mit den im Rahmen des Beschaffungsvorhabens bestellten Bauleistungen am denkmalgeschützten Objekt, das Gegenstand des Beschaffungsvorhabens ist, vergleichbar sind sowie

b) Der Anbieter oder Bewerber stellt Angaben über die von ihm zur Teilnahme an den Bauleistungen vorgesehenen Fachkräfte (Unternehmen) und Führungskräfte bereit, die als Mindestanforderung am bevorstehenden Auftrag beteiligt werden. Diese Angaben umfassen ihre Bezeichnung, Berufsqualifikation, Berufserfahrung und den Nachweis, dass die jeweiligen Personen (Unternehmen) zur Erfüllung ihrer Aufgaben berechtigt sind:

ba) technischer Leiter,

bb) Restaurator, nach den Unterklassen in der Klassifikation der Wirtschaftszweige, sofern der öffentliche Auftrag auch Restaurierungsleistungen vorsieht,

bc) historischer Bauforscher, falls die Baugenehmigung eine solche Funktion vorsieht

3) Wird zum Nachweis der Eignung ein Arbeitszeugnis für nicht in Ungarn erbrachte Leistungen vorgelegt, ist unter einem denkmalgeschützten Objekt eine dem jeweiligen Landesrecht entsprechende Denkmalkategorie oder sonstige gleichwertige Kategorie zu verstehen.

(4) Über die in Anlage 1 bezeichneten Dokumente hinaus muss die Dokumentation eines Bauauftrags für denkmalgeschützte Objekte zumindest auch die in Anlage 2 bezeichneten und in der Baugenehmigung bewilligten Dokumente umfassen.

10. Baukonzession

§ 16 Unter Beachtung der Bestimmungen aus § 7 Abs. (5) Vg. finden die Vorschriften hinsichtlich der Bezahlung von erbrachten Leistungen keine Anwendung auf Baukonzessionen.

11. Schlussbestimmungen

§ 17 Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2012 in Kraft.

§ 18 Abs. (1) Die Bestimmungen dieser Verordnung finden Anwendung auf Verträge für Beschaffungsvorhaben und Vergabeverfahren, die nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung begonnen und eingeleitet wurden. Sofern der Vertrag mit dem Planer vor Inkrafttreten dieser Verordnung geschlossen wurde, findet 5 § Abs. (4) keine Anwendung.

(2) Bei Vergabeverfahren, die vor dem 1. Januar 2012 eingeleitet wurden, finden die Bestimmungen der Regierungsverordnung Nr. 215/2010 (VII.9.) über den Inhalt der bei Vergabeverfahren für Bauaufträge zu erstellenden Dokumentation Anwendung.

(3) Die durch die Regierungsverordnung 109/2013 (9.4.) über Maßnahmen zur Verhinderung des Schuldenkreislaufs in der Baubranche festgelegten, in deren § 8/A aufgeführten Bestimmungen der vorliegenden Verordnung sind in nach dem 1. Juli 2013 eingeleiteten Vergabeverfahren anzuwenden.

(3) Die in § 3 der Regierungsverordnung 238/2013 (30.6.) über die Modifizierung einzelner Verordnungen mit dem Gegenstand Vergabeverfahren (im Weiteren ModRv.) festgelegten Bestimmungen der vorliegenden Verordnung sind für Vergabeverfahren anzuwenden, die nach dem Inkrafttreten der ModRv. eingeleitet wurden.

§ 19

§ 20 Diese Verordnung – zusammen mit dem Vg. – dient der Übereinstimmung mit den Bestimmungen der Richtlinie 2004/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Bauaufträge, Lieferaufträge und Dienstleistungsaufträge und Richtlinie 2004/17/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 zur Koordinierung der Zuschlagserteilung durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste.

Anlage 1 zur Regierungsverordnung Nr. 306/2011 (XII.23.)

Inhalt der Ausschreibungsunterlagen bei Bauaufträgen

1. Allgemeine Anforderungen

1.1. Der Inhalt dieser Dokumentation ist die Gesamtheit der gemäß den Anforderungen dieser Verordnung erstellten schriftlichen Unterlagen und Baupläne.

1.2. In der Dokumentation sind die folgenden Elemente in einer den Besonderheiten der Fachgebiete und den inhaltlichen Anforderungen entsprechenden Ausführlichkeit anzugeben (je nach Art der baulichen Anlage):

1.2.1. die Position, Ausmaße, Quantität usw. der Gebäudeteile, Bauteile, Einbauten usw.,

1.2.2. die technischen und qualitativen Anforderungen hinsichtlich des fertigen Zustandes,

1.2.3. Umstände und Dienstleistungen, die die Umsetzung und die Art der Ausführung der baulichen Anlage beeinflussen,

1.2.4. Arbeiten, die das Angebot wesentlich beeinflussen, nicht als Bauauftrag gelten aber mit diesem zusammen zu erstellen sind

1.3. Als Mindestanforderung muss die Dokumentation den in dieser Verordnung vorgeschriebenen allgemeinen Inhalt und die einzelnen Baubereiche in der erforderlichen Aufgliederung nach Unterklassen in der Klassifikation der Wirtschaftszweige hinsichtlich der ausführlichen inhaltlichen Anforderungen gemäß den Besonderheiten der Fachgebiete (je nach Gebäude) aufweisen.

1.4. Als Mindestanforderung muss der Inhalt der Dokumentation die folgenden Elemente aufweisen:

1.4.1. Grundangaben, Gebäudevermessung, technische Beschreibungen und Zeichnungen der bestehenden baulichen Anlage oder des Gebäudeteils sowie diesbezügliche technische Fachgutachten hinsichtlich der Leistungserbringung, die aufgrund der erforderlichen Aushebungen erstellt wurden (z. B. Feststellungen und Anforderungen bezüglich Tragkonstruktion, Gesundheitswesen und Sicherheit im Hinblick auf die Verwendbarkeit der bestehenden Strukturen),

1.4.2. die Bezeichnung der Vorschriften, deren Einhaltung der Auftraggeber als Grundbedingung bestimmt hat

1.4.3. die speziellen Anforderungen und Umstände hinsichtlich der Umstände der Leistungserbringung,

1.4.4. Bedingungen, die die Leistungserbringung wesentlich beeinträchtigen, insbesondere zeitliche, räumliche und witterungsbedingte Einflüsse

2. Detaillierte Anforderungen

2.1. Grundangaben, Urkunden

2.1.1. die Grundangaben der baulichen Anlage oder Bautätigkeit, die den Gegenstand des Bauauftrags bilden

2.1.1.1. die vorschritts- und ordnungsgemäße Bezeichnung der baulichen Anlage oder Bautätigkeit

2.1.1.2. die Bezeichnung des Ortes der Bauleistung

2.1.1.3. die bestimmenden Parameter der baulichen Anlage oder Bautätigkeit

2.1.1.4. Art der Bautätigkeit (Neubau, Umbau, Anbau, Abriss usw.),

2.1.1.5. voraussichtlicher Zeitpunkt des Beginns, bzw. der Fertigstellung der Bauleistung

2.1.2. Kopien von Dokumenten zur Vorgeschichte des Bauvorhabens:

- 2.1.2.1. sofern die Rechtsvorschriften dies vorsehen, eine rechtskräftige, vollstreckbare und wirksame Bau- oder Genehmigungsgenehmigung
- 2.1.2.2. Freistellungen und zulässige Abweichungen
- 2.1.3. Vom Auftraggeber bestimmte spezielle Anforderungen, Umstände und Dienstleistungen:
 - 2.1.3.1. Umstände und Umweltfaktoren, die die Bautätigkeit in überdurchschnittlichem Maße beeinträchtigen (Aufrechterhaltung des Verkehrs, die gleichzeitig ausgeführte Tätigkeit sonstiger nahegelegener Unternehmen, Anforderungen bezüglich Umwelt, Natur und Schutz von Kulturgütern, zeitliche Beschränkungen hinsichtlich der Arbeitsverrichtung usw.),
 - 2.1.3.2. Vom Auftraggeber erbrachte Dienstleistungen (Bereitstellung von provisorischen Gebäuden, elektrischer Energie, Baumaschinen, Ausführungsplänen usw.),
- 2.2. Technische Spezifikationen des Beschaffungsvorhabens:
 - 2.2.1. Allgemeine Beschreibung der baulichen Anlage und der Bauleistung:
 - 2.2.1.1. Aufbau, Anbindung an die Umwelt, Bestimmung, Funktion, Technologie, Barrierefreiheit, Betrieb usw.,
 - 2.2.1.2. Unter Verweis auf die jeweiligen Baupläne, die Aufführung von Gebäudeteilen, Bestimmungseinheiten, Räumlichkeiten usw., sowie die ausführliche Bestimmung ihres Ausbaus und Niveaus des Komforts, ihrer Anforderungen, Ausstattung, usw.
 - 2.2.2. Beschreibung der geplanten technischen Lösungen (Gebäudeteile, Konstruktionen, Anlagen, Geräte, Leitungen, Systemelemente usw.), unter eindeutigem Verweis auf die jeweiligen Baupläne:
 - 2.2.2.1. Die Qualität der Werkstoffe und sonstige Anforderungen, mit Bestimmung der zu beachtenden Normen und technischen Anforderungen
 - 2.2.2.2. die empfohlenen und in der technischen Dokumentation ausgearbeiteten Lösungen, ausführlich beschrieben,
 - 2.2.2.3. unter Bezeichnung der gleichwertigen alternativen technischen Lösungen.
 - 2.2.3. Beschreibung der Anforderungen in den Bereichen Qualitätssicherung, Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz und Sicherheit
- 2.3. Technische Zeichnungen
 - 2.3.1. Lagepläne, die das Baugelände sowie die bestehenden, die verbleibenden, die abzureißenden und die geplanten Gebäude, Pflanzenwuchs, besondere geografische Erhebungen, die baulichen Anlagen sowie eine Übersicht der Verbindungen der Energie- und Medienanschlüsse umfassen,
 - 2.3.2. Allgemeine Planungen und Grundrisse, Quer- und Längsschnitte, Längsprofile, Querprofile, Ansichten usw., auf deren Grundlage sich die bauliche Anlage und deren Teile, ihre räumliche Aufteilung, Ausmaße, Konstruktionen, Werkstoffe, Anlagen usw. feststellen lassen und die Mengenbestimmung überprüfen lässt, darüber hinaus lassen sich die sonstigen zur Ausführung erforderlichen Detailplanungen, technologischen Zeichnungen, Fertigungspläne, Montagezeichnungen und sonstigen technischen Zeichnungen erstellen,
 - 2.3.3. Detailplanungen, Zeichnungen von Konstruktionen und deren Verbindung in Bereichen des Gebäudes, die sich auf allgemeinen Planungen nicht angemessen darstellen lassen.
- 2.4. Gemäß § 49 Abs. (2) Vg., die Ausschreibung eines Kostenvoranschlags ohne Angabe von Werten

Anlage 2 zu Regierungsverordnung Nr. 306/2011 (XII.23.)

Anforderungen im Zusammenhang mit denkmalgeschützten Objekten

1. Bei Bauaufträgen für denkmalgeschützte Objekte muss die technische Dokumentation des Auftraggebers über die in Anlage 1 genannten Elemente hinaus auch folgende, in der Baugenehmigung bewilligte Unterlagen umfassen:
 - 1.1. baugeschichtliche Zusammenfassung,
 - 1.2. Kopien archivierter Baupläne und Fotos,
 - 1.3. Forschungsdokumentation (Dokumentationen zur historischen Bauforschung, Prüfungen im Bereich Gebäudediagnostik)
2. Umfasst ein Bauauftrag für ein denkmalgeschütztes Objekt der Baugenehmigung nach auch Restaurierungsleistungen, muss die Dokumentation des Bauauftrags über die in Anlage 1 genannten Elemente hinaus auch folgende Unterlagen umfassen:
 - 2.1. Vermessung und Bestandsaufnahme des zu restaurierenden Objekts, Fotodokumentation der sichtbaren Schäden
 - 2.2. die Dokumentation etwaiger früherer Restaurierungen,
 - 2.3. Beschreibung der vorgesehenen Eingriffe, Verfahren und der zu verwendenden Werkstoffe
 - 2.4. Vorschlag zur ästhetischen Wiederherstellung

2.5. die voraussichtlichen Resultate der Arbeiten und diesbezügliche Risiken